

Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus

Aus der Rede Peter von Oertzens vor der Frankfurter SPD

Peter von Oertzen, Vorsitzender der Langzeit-Programmkommission beim SPD-Vorstand, hielt am Abend des 16. November vor den Delegierten des Parteitags des SPD-Unterbezirks Frankfurt im Bürgerhaus der Nordweststadt eine eineinhalbstündige Rede zu Grundsatzfragen. Er nannte sie selbst: „Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland“. Die Ausführungen von Oertzens fanden bei den Parteitage delegierten geteilte Aufnahme. Wir bringen die Rede (von einigen Kürzungen abgesehen) im Wortlaut.

Die allgemeinen Voraussetzungen und Bedingungen tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen sind kurz, klar und einleuchtend von Karl Marx in dem „Vorwort“ zu seiner „Kritik der Politischen Ökonomie“ bezeichnet worden: „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein.“

Der Begriff der Produktionsverhältnisse bezeichnet — grob gesagt — den institutionellen Rahmen der Gesellschaft: Insbesondere und vor allem die Art und Weise gesellschaftlicher Verfügung über die Mittel der materiellen Produktion und Konsumtion („Eigentumsverhältnisse“), sowie im Zusammenhang damit die Form der politischen Organisation („Herrschaftsverhältnisse“) und die Institutionen bzw. Verhältnisse, durch die die Menschen außerhalb der politischen Organisationen in die Gesellschaft integriert werden (Familie, Schule, Massenkommunikationsmittel, kulturelles und religiöses Leben — „Sozialisation“). Der Begriff der Produktivkräfte bezeichnet — ebenfalls sehr grob gesagt — die vorwärtstreibenden, lebendigen, schöpferischen Kräfte der Gesellschaft, insbesondere auf dem Gebiet der materiellen Produktion.

In der normalen, das heißt kontinuierlichen und relativ langsamen gesellschaftlichen Entwicklung stehen und verändern sich die Produktionsverhältnisse im Einklang mit den sich entfaltenden Produktivkräften, sie sind — wie Marx sagt — „Entwicklungsformen“ derselben. Erst wenn die Produktionsverhältnisse zu den Produktivkräften „in Widerspruch geraten“, das heißt wenn sie erstarren, wenn sie zu „Fesseln“ der Produktivkräfte werden, wenn diese dementsprechend gegen die Produktionsverhältnisse „rebellieren“ — dann ent-

stehen Notwendigkeit und Möglichkeit einer sozialen Revolution, das heißt einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Umwälzung. Klassisches Beispiel dafür ist die Epoche der bürgerlichen, industriellen Revolution.

Die Marxsche Herleitung sozialer Revolution aus den Widersprüchen der Gesellschaft bedarf bei der hier notwendigerweise vorgenommenen Vereinfachung freilich in einer entscheidenden Hinsicht noch der Konkretisierung: Jede höhere Zivilisation beruht auf Arbeitsteilung. Erst wenn bestimmte Menschengruppen sich ausschließlich dem Handwerk widmen, andere der Kunst, wieder andere dem Kultus, der Verwaltung, der Regierung oder der Verteidigung, sind wirtschaftlicher Fortschritt, geistige Entwicklung sowie differenzierte soziale und politische Organisation möglich.

Alle alten Zivilisationen waren — marxistisch gesprochen — „Klassengesellschaften“, beruhten auf der wirtschaftlichen Ausbeutung, der politischen Unterdrückung und der geistigen Unmündigkeit der landarbeitenden Massen, und zwar notwendigerweise. Da — wie an dem Beispiel der bürgerlichen Revolution sichtbar geworden — in der Phase des sich entwickelnden Gegensatzes von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen diese von verschiedenen Klassen getragen und entwickelt werden, tritt der abstrakt formulierte „Widerspruch“ in der wirklichen Geschichte als Gegensatz von sozialen Klassen in Erscheinung.

Erst die vom Kapitalismus in die Wege geleitete industrielle Revolution hat die Notwendigkeit einer Teilung der Gesellschaft in Klassen wenigstens im Grundsatz aufgehoben. Die Produktivität der menschlichen Arbeit ist derart gestiegen, die Fülle der Güter und das Angebot an freier Zeit sind so groß geworden, daß jeder einzelne heute zu Wohlstand, Beteiligung am politischen Leben und Bildung gelangen könnte. Ausbeutung, Unfreiheit und Unmündigkeit, d. h. die materiellen Grundlagen

der Klassenherrschaft sind — wenigstens ökonomisch betrachtet — in den industriell fortgeschrittenen Ländern überflüssig geworden. Die reale Freiheit und Gleichheit aller Menschen, die klassenlose Gesellschaft, ist zum erstenmal in der menschlichen Geschichte wirklich möglich.

Auch und gerade in jener Gesellschaft freilich, die mit der durch die Industrialisierung bewirkten Entfaltung der Produktivkräfte das Ende der Klassengesellschaft überhaupt möglich gemacht hat, entwickeln sich Widersprüche, die abermals zu einer „sozialen Revolution“, zu einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Umwälzung drängen. Alle Widersprüche der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft lassen sich nach der — wiederum grob vereinfachten — Marxschen Theorie auf einen Grundwiderspruch zurückführen zwischen gesellschaftlicher Produktion und individueller Aneignung.

Das besonders Anstoßerregende, das was für den Marxisten die kapitalistische Klassenherrschaft schlechthin unerträglich macht, ist die Tatsache, daß seit der durch den Kapitalismus eingeleiteten „industriellen Revolution“ objektiv jede Klassenherrschaft überflüssig geworden ist. Diese Situation ist objektiv der Ursprung der modernen sozialistischen Bewegung; ihre Erkenntnis ist subjektiv der Ursprung der Idee des modernen Sozialismus. Diese Tatsache spiegelt sich auch in jenen sozialistischen Programmen, die sich nicht auf die Marxsche Theorie beziehen oder sie sogar ablehnen, so z. B. in der Präambel des Godesberger Programms.

Aus den genannten Grundthesen lassen sich einige Einsichten ableiten, die für die Diskussion einer sozialistischen Strategie von prinzipieller Bedeutung sind:

a) Der hier — nach Marx — entwickelte Begriff der sozialen Revolution bezieht sich auf eine notwendigerweise längere geschichtliche Epoche gesellschaftlicher Umwälzung. Er ist nicht identisch mit dem verfassungsrechtlich-politischen Begriff der „Revolution“, der eine — in der Regel gewaltsame — Durchbrechung der herrschenden politischen und rechtlichen Ordnung bedeutet. Die „Epoche sozialer Revolution“ kann auch oder sogar überwiegend lange Phasen der „Evolution“, d. h. der friedlichen legalen Reform umfassen. Die falsche, häufig bloß verbale Alter-

native von „Revolution“ und „Evolution“ oder von „Revolution“ und „Reform“ kann in der theoretischen Diskussion erhebliche — und völlig überflüssige — Verwirrung stiften.

b) Da sowohl die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse als auch die gesellschaftlichen Produktivkräfte durch Menschen verkörpert und hervorgebracht werden („die Menschen als die Schausteller und Verfasser ihrer eigenen Geschichte“, Marx), verwirklicht sich eine solche „soziale Revolution“ daher auch nicht als „naturnotwendige“ gesellschaftliche Entwicklung, sondern nur als bewußte politisch-soziale Aktion.

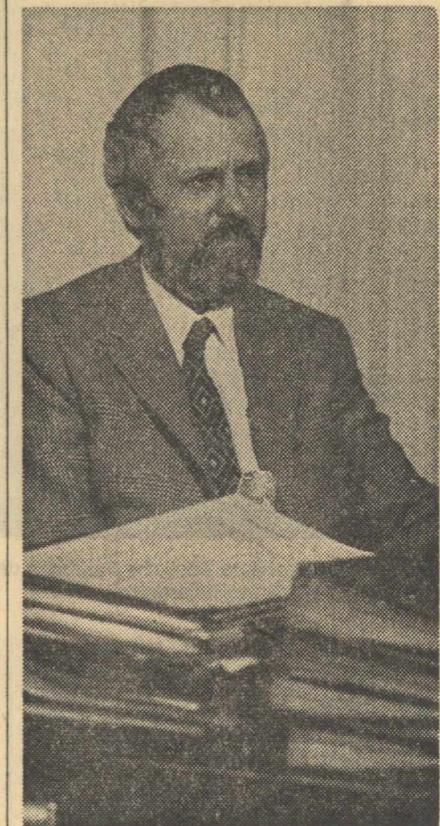
c) So wichtig diese theoretische Warnung vor jedem gesellschaftlichen Determinismus und Fatalismus ist, so wichtig ist jedoch auch die Einsicht in die Grenzen der menschlichen Handlungsmöglichkeit. „Wir machen unsere Geschichte selbst, aber... unter sehr bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen. Darunter sind die ökonomischen die schließlich entscheidenden“ (Engels, Brief an Bloch, 1890). In bezug auf die Möglichkeit einer sozialen Revolution formuliert Marx — ebenfalls in seinem „Vorwort“ zur „Kritik der Politischen Ökonomie“ mit äußerster Schärfe diese „bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen“: „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.“

D. h. die bürgerlich kapitalistische Gesellschaft wird nicht untergehen, solange sie noch „weit genug“ ist, die Produktivkräfte fortzuentwickeln. Und die sozialistische Kritik, wenn sie sich als eine wissenschaftliche, materialistische und nicht als eine utopische, idealistische versteht, hat nachzuweisen, einsichtig zu machen und zum wirksamen Bewußtsein der Gesellschaft zu bringen, daß sowohl die gegenwärtige Gesellschaftsordnung die Grenzen ihrer Möglichkeiten erreicht hat als auch die „materiellen Existenzbedingungen“ einer zukünftigen Gesellschaftsordnung „im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind“.

Die folgenden Thesen versuchen nicht, aus den dargelegten theoretischen

Grundsätzen eine allgemeine und umfassende, für alle denkbaren geschichtlichen und gesellschaftlichen Situationen gültige sozialistische Strategie zu entwickeln. Dieses Vorhaben wäre schon an sich sehr fragwürdig und ist unter den gegebenen Umständen praktisch nicht zu verwirklichen. Hier interessieren die Probleme sozialistischer Politik unter den allgemeinen Bedingungen unserer Gesellschaft und unseres Staates. Die Probleme des Sozialismus in der „Dritten Welt“ sowie die Probleme der nachkapitalistischen Gesellschaften des sogenannten „sozialistischen Lagers“ können nur am Rande berührt werden.

Wie in den Grundlagen-Thesen dargelegt, setzt sich die sozialistische Be-



wegung zum Ziel, durch eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft aufzuheben und damit zugleich zum ersten Male in der menschlichen

Geschichte eine Gesellschaftsordnung der Freiheit und der Gleichheit zu errichten, d. h. die Teilung der Gesellschaft in Klassen, die ökonomische, politische und kulturelle Herrschaft einer privilegierten Minderheit über die Mehrheit der Menschen ein für allemal abzuschaffen.

Für die Errichtung einer wirklich — und nicht nur dem Namen und einer verschleiern Propaganda nach — „klassenlosen“ Gesellschaft gibt es freilich, wie ebenfalls in den Grundlagen-Thesen dargelegt, eine zwingend notwendige materielle Voraussetzung. Es ist dies eine solche Erhaltung der Produktivkräfte, die jedem Menschen ein solches Maß an ökonomischer Unabhängigkeit, Freizeit, Bildung und damit sozialer Partizipation ermöglicht, daß die Unterhaltung privilegierter Minderheiten zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Leistungsfunktionen objektiv überflüssig geworden ist oder zumindest überflüssig zu werden beginnt.

Unzweifelhaft setzt aber schon der erste Schritt in Richtung auf die Aufhebung der Klassen eine außerordentliche Entwicklung der Produktivkräfte, ein weit über das Erfordernis der unmittelbaren Existenzhaltung auf gegebenem Zivilisationsniveau hinausreichendes gesellschaftliches Mehrprodukt oder kurz gesagt den Beginn einer „Ökonomie des Überflusses“ voraus.

Jeder Gesellschaft, die diesen ökonomischen Entwicklungszustand noch nicht erreicht hat und den Weg zur Aufhebung der Klassen einschlägt, droht im sozialen Kampf um die Verteilung des zu geringen gesellschaftlichen Mehrprodukts die Wiederentstehung privilegierter Minderheiten. Für eine partiell noch vorindustrielle, d. h. überwiegend agrarische Gesellschaft ist die gleichzeitige Entwicklung einer arbeitsteiligen industriellen Produktion und die Abschaffung der Klassen objektiv unmöglich, es sei denn, sie würde durch fortgeschrittene sozialistische Gesellschaften unterstützt. Dieses in den materiellen Verhältnissen wurzelnde Dilemma kann nicht voluntaristisch aufgehoben werden, weder durch den dauernden Appell an ein sozioökonomisch freischwebendes „sozialistisches Bewußtsein“, noch durch sogenannte „Kulturrevolutionen“, die von ideell fortgeschrittenen politischen Kadern periodisch von oben nach unten ausgelöst und wieder abgewürgt werden.

Zweifelhafter Sozialismus im „Sozialistischen Lager“

Von diesen materiellen Bedingungen rührt der Umstand her, daß überall dort, wo in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaften soziale Revolutionen mit einem sozialistischen Programm siegreich blieben, sich dennoch keine sozialistischen Gesellschaften entwickelt haben. Auch bei den Staaten des sogenannten „sozialistischen Lagers“ — ungeachtet der tiefgreifenden Differenzen zwischen ihnen — handelt es sich meiner Meinung nach nicht um sozialistische, sondern um nachkapitalistische Gesellschaftsformationen. Sie alle haben mehr oder weniger erfolgreich und auf unterschiedliche Art Vorstöße in Richtung auf Überwindung der Klassengesellschaft unternommen. Bei allen haben sich jedoch — auf der Basis des staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und einer bürokratischen Struktur der sozialen Organisation — Ausbeutung, Unterdrückung und geistige Entmündigung der Massen durch eine privilegierte Minderheit in geringerem oder größerem Umfang wieder hergestellt.

Dies gilt im übrigen ganz allgemein und für Theorie und Ideologie fast aller nationalrevolutionärer und „sozialistischer“ Bewegungen und Systeme der Dritten Welt. Dies gilt im Grunde auch für die älteste, konsequenteste und erfolgreichste aller revolutionären sozialistischen Theorien, für den Leninismus. Wenn wir seine charakteristischen Differenzen zum ursprünglichen, unverfälschten Marxismus analysieren, dann spiegeln sie die ökonomische, politische und soziale Rückständigkeit Rußlands wider. Der Leninismus ist — grob gesagt — nichts anderes als die Anwendung des Marxismus auf die Verhältnisse eines unterentwickelten Landes.

Ebenso genau und zwingend wie die materiellen ökonomischen, lassen sich auch die politischen und ideellen Be-

dingungen der sozialistischen Bewegung und einer sozialistischen Gesellschaft bestimmen. Die Aufhebung der Klassen führt ebenso wie die Aufhebung des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Wirtschaft (die Ersetzung der individuellen durch die gesellschaftliche Aneignung der gesellschaftlich produzierten Güter und Leistungen) zu derselben Konsequenz für die Organisation der neuen Gesellschaftsordnung: Sozialismus ist nur als umfassende Selbstorganisation, Selbstverwaltung und Selbstregierung der Gesellschaft möglich. Sozialismus ist vollendete Demokratie, Sozialisierung (d. h. Verwirklichung des Sozialismus durch Aufhebung des kapitalistischen Grundwiderspruchs) ist mit Demokratisierung identisch. Das Ziel dieses Prozesses ist eine Gesellschaft, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. (Marx/Engels, Kommunistisches Manifest). Vereinfacht und zusammengefaßt: Ein undemokratischer „Sozialismus“ ist nicht etwa ein Sozialismus mit kleinen oder größeren Fehlern, sondern hat das sozialistische Ziel in seinem wesentlichen Inhalt überhaupt verfehlt.

Demokratische Meinungs- und Willensbildung ist nur auf der Grundlage uneingeschränkter individueller und sozialer Freiheit möglich. Gewissens- und Meinungsfreiheit, institutionelle Sicherung freier Kritik (Wissenschaftsfreiheit, Pressefreiheit), Organisations- und Koalitionsfreiheit, Minderheitenschutz usw. — kurz die klassischen Errungenschaften des demokratischen und liberalen Rechtsstaates müssen infolgedessen im Sozialismus uneingeschränkt erhalten bleiben. In der geltenden Verfassung der Bundesrepublik Deutschland sind diese Errungenschaften — im großen und ganzen sachlich richtig formuliert — in dem Begriff der „freiheit-

lichen demokratischen Grundordnung“ enthalten. Die Verteidigung der Grundsätze der freiheitlich demokratischen Grundordnung gegen reaktionäre Eingriffe und pseudorevolutionäre Relativierung ist daher für den Sozialismus nicht nur eine taktische, sondern eine prinzipielle Aufgabe.

Der demokratische Charakter der sozialistischen Zielsetzung und der sozialistischen Bewegung hat unmittelbare strategische und taktische Bedeutung: Da zwischen Ziel und Bewegung, Zweck und Mittel ein dialektischer Zusammenhang besteht, läßt sich Sozialismus grundsätzlich nicht mit diktatorischen oder autoritären Methoden und Organisationsformen verwirklichen. Diese sind für Sozialisten allenfalls in extremen Situationen (Halb- oder Illegalität, in unterentwickelten Gesellschaften) als Notlösungen akzeptabel. Sie dürfen nie zum Prinzip gemacht werden. Zwei Kernthesen der traditionellen „revolutionären“ sozialistischen Theorie erweisen sich danach als unvereinbar mit der Idee des Sozialismus: „Die Diktatur des Proletariats“ und das sogenannte „leninistische Organisationsprinzip“. Dabei wird unter Diktatur mit Lenin („Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“) verstanden: „Eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keinerlei Gesetze gebunden ist“ und unter „Leninismus“ nicht eine pragmatische unter besonderen Bedingungen entwickelte Organisationstechnik, sondern die Lehre von der prinzipiellen Führerrolle einer straff organisierten „Avantgarde“ gegenüber der sozialistischen Massenbewegung.

Die Auseinandersetzung mit diktatorischen und autoritären Richtungen, die sich sozialistisch nennen, ist daher ebenfalls keine bloß taktische, sondern eine prinzipielle Frage. Die klare Antwort auf diese Frage darf ebensowenig durch

persönliche Sympathien oder politische Sentimentalitäten wie durch die Furcht vor der reaktionären antisozialistischen Demagogie und dem „Beifall von der falschen Seite“ getrübt werden.

Sowohl die historische rätesozialistische Strömung in und nach dem Ersten Weltkrieg als auch die sogenannte „anti-autoritäre Bewegung“ der letzten Jahre haben wesentliche Einsichten in die Dialektik von Ziel und Bewegung realisiert, insbesondere die Einsicht, daß eine sozialistische Bewegung qualitative Elemente der sozialistischen Gesellschaft vorwegnehmen muß und daß individuelle und soziale Befreiung nicht getrennt werden dürfen. Unverändert gelten die Einsichten Rosa Luxemburgs in ihrer Kritik der russischen Revolution:

„Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ‚Gerechtigkeit‘, sondern weil all das Belehrende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ‚Freiheit‘ zum Privilegium wird . . .“

Und: „Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Land, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus.“

Trotz Einsicht in den unauflöselichen Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus erliegen Teile der sozialistischen Bewegung immer wieder der Versuchung, sich den strategischen und taktischen Konsequenzen dieser Einsicht zu entziehen. Auf dem höchsten Niveau der alten und immer aufs neue aufflam-

menden innersozialistischen Diskussion wird diese Suspendierung unverzichtbarer Einsichten als eine schmerzliche aber unumgängliche Notwendigkeit gerechtfertigt: Die sozialistische Bewegung müsse „die beiden entscheidenden Nervenzentren der bürgerlichen Gesellschaft angreifen: die Verfügungsgewalt des Kapitals über Produktionsmittel und Arbeitskraft einerseits und den bürgerlichen Staatsapparat, die politische Macht des Kapitals andererseits“. Jede Politik schrittweiser Veränderung, d. h. jede Politik sozialistischer Reformen, verkenne, daß „Produktionsverhältnisse und Staatsmacht (Staatsapparat) . . . nicht graduell geändert werden“ könnten. Sie könnten nur „in ihrer Gesamtheit“ abgeschafft werden. (Ernest Mandel, Die Strategie der Übergangsforderungen.) Wäre diese Prämisse richtig, dann müßte sich die sozialistische Bewegung in der Tat auf eine relativ kurze Epoche totaler gesellschaftlicher Umwälzung einrichten, die praktisch nur durch eine „revolutionäre“ Strategie im herkömmlichen Sinne bewältigt werden könnte.

Diese Prämisse ist jedoch falsch. Kapitalverhältnis und Staatsapparat können überhaupt nur graduell geändert und nicht „in ihrer Gesamtheit“ abgeschafft werden, wenn darunter — mit Mandel — eine „rasche Aufhebung der bestehenden Produktionsweise und Einführung einer neuen“ verstanden werden soll. Es sei denn, die sozialistische Bewegung setze ihre Hoffnung auf eine katastrophale Gesamtkrise der bürgerlichen Gesellschaft, die unzweifelhaft zu nationalem und internationalem Bürgerkrieg führen und im Ergebnis entweder in eine faschistische oder eine stalinistische Diktatur münden müßte.

Die Wurzel jener falschen strategischen Prämisse liegt in bestimmten,

tief in die sozialistische Denktradition verflochtenen theoretischen Irrtümern, die von vielen subjektiv aufrichtigen demokratischen Sozialisten innerhalb und vor allem außerhalb der SPD geteilt werden und die deshalb — auch hier notwendigerweise vergrößert und verkürzt — zur Diskussion gestellt werden müssen. Es handelt sich dabei

a) um die Verdinglichung und Verselbständigung und in der Folge um die unkritische Verwendung der gesellschaftlichen Grundkategorie „das Kapital“ und „der bürgerliche Staat“ und ferner

b) um eine unrichtige Vorstellung über gesellschaftliche Funktion und Stellung der gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse „rebellierenden“ Produktivkräfte, d. h. der diese Produktivkräfte gesellschaftlich verkörpernden Klasse.

„Das Kapital“ ist keine an sich seiende in sich geschlossene gesellschaftliche Wesenheit, sondern der Ausdruck konkreter gesellschaftlicher Verhältnisse. Diese gesellschaftlichen Verhältnisse sind freilich durch ihre „Entfremdung“, d. h. ihre Verselbständigung gegenüber den konkreten lebenden Menschen und ihren Bedürfnissen gekennzeichnet. Diese Entfremdung kommt in der „Eigengesetzlichkeit“ der Wirtschaft im Kapitalismus zum Ausdruck. Die Verselbständigung des Kapitalverhältnisses ist insofern sowohl Schein, d. h. Verstellung der Wirklichkeit, als auch reales Moment der Wirklichkeit selbst. Das Kapital muß also sowohl theoretisch kritisiert als auch praktisch aufgehoben werden. Manche Kritiker der kapitalistischen Ökonomie, insbesondere orthodoxe Marx-Interpreten verfallen nun dem Schein der von ihnen selbst in ihrer Scheinhaftigkeit kritisierten Kategorien des Kapitals und verlieren deren gesellschaftlichen Inhalt aus dem Blick.

Warum nicht gesellschaftliche Lenkung in Schlüsselbereichen?

Marx hat klar und eindeutig formuliert: „Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind...“

Simpel gesagt, der zentrale systematische Einwand gegen die kapitalistische Produktionsweise ist, daß in ihr die Produktivkräfte nicht entsprechend den realen menschlichen Bedürfnissen, sondern nach den Gesetzen der Kapitalverwertung mit dem Ziel der Profitmaximierung entwickelt werden.

Da nun „das Kapital“ in der gesellschaftlichen Wirklichkeit durch viele einzelne Kapitalisten und nach kapitalistischen Gesichtspunkten wirtschaftenden Unternehmungen verkörpert wird, ist überhaupt nicht einzusehen, weshalb nicht durch gesellschaftliche Planung und Lenkung in bestimmten Schlüsselbereichen das Gesetz der Kapitalverwertung außer Kraft gesetzt werden könnte, während es in weiten Bereichen der Wirtschaft weiter gilt.

Ob das Unternehmen einer sozialistischen Reformpolitik in der Wirklichkeit durch „Kapitalflucht, Investitionsstreik, Massenentlassungen, Währungsspekula-

tionen, galoppierende Inflation usw. in großem Stil“ (Mandel a. a. O.) sabotiert werden würde, ist eine ausschließlich durch die praktische Erfahrung zu beantwortende Frage. Theoretisch ist dieses Ergebnis nicht zwingend notwendig.

Auf eine ähnliche Weise wie „das Kapital“ wird auch „der bürgerliche Staat“ von sozialistischer Gesellschaftskritik nicht selten verdinglicht und theoretisch aus dem gesellschaftlichen Gesamt-Zusammenhang herausgelöst.

An die Stelle eigener unzulänglicher theoretischer Formulierungen setze ich hier einen mir im wesentlichen zutreffend erscheinenden analytischen Text von Jürgen Habermas (Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus): „Die Funktionsweise des spätkapitalistischen Staates kann weder nach dem Modell des unbewußt agierenden Vollzugsorgans der nach wie vor spontan wirksamen ökonomischen Gesetze noch nach dem Modell eines planmäßig handelnden Agenten der vereinigten Monopolkapitalisten angemessen begriffen werden. Der in den Reproduktionsprozeß einbezogene Staat hat die Determinanten des Verwertungsprozesses selbst verändert. Auf der Grundlage eines Klassenkompromisses gewinnt das administrative System eine begrenzte Planungskapazität, die im Rahmen der formaldemokratischen Beschaffung von Legitimation für Zwecke reaktiver Krisenvermeidung genutzt werden kann. Dabei konkurriert das gesamtkapitalistische Bestandserhaltungs-

interesse mit den widersprüchlichen Interessen der einzelnen Kapitalfraktionen einerseits und an den Gebrauchswerten orientierten, verallgemeinerungsfähigen Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen andererseits. Der über die Zeit verteilte und in seinen sozialen Folgen entschärfte Krisenzyklus wird durch Inflation und eine Dauerkrise der öffentlichen Finanzen ersetzt. Ob diese Ersatzphänomene die erfolgreiche Beherrschung der ökonomischen Krise oder nur deren temporäre Verschiebung ins politische System anzeigen, ist eine empirische Frage.“

Und Habermas weiter: Der Staatsapparat steht gleichzeitig vor zwei Aufgaben: einerseits soll er die erforderliche Steuermasse über die Abschöpfung von Profiten und Einkommen aufbringen und die disponible Steuermasse so rational verwenden, daß krisenhafte Wachstumsstörungen vermieden werden können; andererseits sollen die selektive Aufbringung der Steuern, das erkennbare Prioritätenmuster ihrer Verwendung und die administrativen Leistungen selber so beschaffen sein, daß der entstehende Legitimationsbedarf befriedigt werden kann. Wenn der Staat gegenüber der einen Aufgabe versagt, entsteht ein Defizit an administrativer Rationalität; versagt er im Hinblick auf die andere Aufgabe, entsteht ein Legitimationsdefizit.“

Die praktische Konsequenz dieser theoretischen Analyse ist kurz gesagt:

Die sozialistische Bewegung darf den Staat nicht bloß bekämpfen, sie muß ihn erobern; sie kann den Staatsapparat nicht schlecht „zerbrechen“ (wie Marx einst meinte), denn sie braucht ihn und muß ihn benutzen, sie kann ihn nur kontrollieren und schrittweise demokratisch verändern.

Die in dieser Analyse zu Begriff gebrachte Verflechtung des Staates in die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse des Spätkapitalismus ist eine konsequente Fortbildung der Marxschen Theorie der sozialen Revolution als der „Rebellion“ der „Produktivkräfte“ gegen die „Produktionsverhältnisse“. Marx hat diese Konsequenz selbst klar gesehen: „Soll die unterdrückte Klasse sich befreien können, so muß eine Stufe erreicht sein, auf der die bereits erworbenen Produktivkräfte und die geltenden gesellschaftlichen Einrichtungen nicht mehr nebeneinander bestehen können. Von allen Produktionsinstrumenten ist die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst. Die Organisation der revolutionären Elemente als Klasse setzt die fertige Existenz aller Produktivkräfte voraus, die sich überhaupt im Schoß der alten Gesellschaft entfalten konnten.“

Wenn wir diese Marxsche Einsicht noch einmal mit anderen Worten ausdrücken: In der Klasse der Beherrschten, in der auf die Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung hindrängenden ökonomischen, sozialen und politischen Bewegung müssen sich alle wirklich schöpferischen Kräfte der Ge-

sellschaft verkörpern; sie müssen die gesamte Gesellschaft durchdringen; sie müssen die produktive Kraft der Gesellschaft — in materieller, organisatorischer, geistiger Hinsicht — wirklich sein, wenn sie eine reale Alternative zur kapitalistischen Klassenherrschaft bilden wollen. Mit dieser originär Marxschen Bedingung für eine wirkliche Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft sind zwei traditionelle — angeblich marxistische — Vorstellungen herkömmlicher sozialistischer Theorien unvereinbar:

a) die Vorstellung einer verelendeten, gedrückten, ausgepowerten, degradierten — von den realen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Schlüsselfunktionen der Gesellschaft abgeschnittenen — und deswegen „revolutionären“ Arbeiterklasse.

b) die Vorstellung einer von der politischen Macht, dem Staatsapparat, den Massenkommunikationsmitteln, den Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation abgeschnittenen und deswegen „revolutionären“ Untertanenmasse.

Oder in bewußter Übertreibung zugespielt: Eine solchermaßen „revolutionäre“ Arbeiterklasse wäre unfähig, eine neue, bessere, reichere, freiere Gesellschaft in eigener Verantwortung und Selbstorganisation zu errichten; sie bedürfte dazu eines autoritären Vormundes.

Die Hauptfurcht aller konsequenten sozialistischen Strategie ist, die „Inte-

gration“ der sozialistischen Bewegung in die bestehende Gesellschaft könne zum Verzicht auf die gesellschaftsverändernde Zielsetzung führen.

Dabei ist diese Furcht in objektiver Hinsicht widersinnig: Nur eine in die kapitalistische Gesellschaft materiell integrierte sozialistische Bewegung vermöchte diese Gesellschaft zu ändern. Die einzige Alternative: das sogenannte „revolutionäre“ Subjekt in gesellschaftlichen Randgruppen (ethnische Minderheiten, Hippies, Intelligentsia usw.) zu suchen, ist nicht real.

Hingegen ist die Furcht vor einer „Integration“ der sozialistischen Bewegung in subjektiver Hinsicht vollauf berechtigt und verweist auf ein zentrales, in der Geschichte des demokratischen Sozialismus bisher ungelöstes Problem: Wie ist es möglich, die objektiv auf die gesellschaftliche Veränderung drängenden Produktivkräfte zum Bewußtsein ihrer selbst zu bringen? Oder auch anders ausgedrückt: Wie können alle jene arbeitenden Menschen — Arbeiter, Angestellte, Beamte, Intellektuelle, Freischaffende — die die schöpferische Potenz unserer Gesellschaft in einem höchst komplizierten unübersichtlichen arbeitsteiligen Zusammenwirken in sich vereinigen und die alle in dieser oder jener Hinsicht unter den Widersprüchen dieser Gesellschaft leiden, zu dem gemeinsamen Bewußtsein gelangen, daß es sowohl nötig, als auch möglich ist, diese Gesellschaft zu verändern?

(Wird fortgesetzt)